

## KOMMENTAR

## Terminal3 Unser Freund, der Baum

Dieser Satz von Peter Illert, Aktivist der Robin Wood-Regionalgruppe Rhein-Main, lässt aufhorchen: Der Erhalt des Waldes, sagt der Naturschützer, der gestern noch im Treburer Oberwald gegen die drohende Rodung für das Terminal 3 protestiert hat, sei gerade bei jungen Leuten nicht mehr „in“. Die demonstrierten lieber gegen Braunkohle oder Massentierhaltung. Wenn diese Beobachtung zutrifft: Was mag schief gelaufen sein im fragilen Verhältnis zwischen Mensch und Baum?



Michael Forst  
Stadtreddaktion Frankfurt

Paradoxiereise dürften es gerade die Warnungen vor der völligen Vernichtung des Waldes gewesen sein, die ihm langfristig im Bewusstsein großer Teile der Öffentlichkeit geschadet haben. Seit den 70er-Jahren, befeuert durch die Thesen des „Club of Rome“, mehrten sich gerade in Deutschland diese Kassandrurufe. Anfang der Achtziger schien das Schicksal des deutschen Waldes besiegelt. Die Angst vor dem Tod der Bäume trieb damals Zehntausende auf die Straße – und bahnte den Grünen den Weg in die Parlamente. Doch die Forst-Apokalypse fiel aus. Dem Patienten Wald geht es heute verhältnismäßig gut, wie der jährliche Waldschadensbericht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bestätigt, der 1989 verschämt in „Waldzustandsbericht“ umbenannt wurde. Darum sieht sich mancher, der heute noch Partei für den Forstschutz ergreift, Skepsis oder gar Ablehnung gegenüber – sie sind die Folgen des Fehlalarms und der Hysterie jener Zeit.

Wer das Waldsterben indes als Märchen abtut, vergisst: Erst die Maßnahmen, die man aufgrund der Warnungen in den achtziger Jahren ergriff, etwa die Senkung des Schwefelanteils beim Heizöl und die Einführung von Autokatalysatoren, haben Zustände verhindert, wie sie in Teilen Osteuropas eingetreten sind. Und gebannt ist die Gefahr für unsere heimischen Bäume keinesfalls: Klimastress, Pilzkrankheiten sowie invasive Arten machen ihnen zu schaffen.

So oder so: Ernsthaft kommt niemand umhin, die Bäume und uns als eine schützenswerte Schicksalsgemeinschaft zu verstehen, die tief in der Menschheitsgeschichte verwurzelt ist. Archäologen fanden babylonische Keilschriften, die besagen, dass die Wälder das Leben eines Landes sind. Unsere Vorfahren verehrten Bäume als Mittler zwischen Erde und Universum. Martin Luther mahnte uns, heute noch ein Apfelbäumchen zu pflanzen, wenn morgen die Welt unterginge. Alexandra sang 1968 „Mein Freund, der Baum“ – ein bei aller Melodramatik großartiges Lied, das bis heute einen Nerv trifft. Und schließlich erzählt uns Autor Peter Wohlleben faszinierende Geschichten über die erstaunlichen Fähigkeiten von Eiche, Esche und Co.: „Das geheime Leben der Bäume“ ist eines der meistverkauften Sachbücher der vergangenen Jahre. Aus all dem folgt: Es ist Zeit – und zwar ganz ohne Alarmismus und Hysterie – den zu schützen, der uns schützt und der uns leben lässt: unseren Freund, den Baum.

michael.forst@fnp.de

■ Bericht auf Hessen und im Lokalen

## KOMMENTAR

## FDP Vor einer unsicheren Zukunft

Es war ein kurioser politischer Jahresauftakt, der sich an diesem Wochenende abgespielt hat. Während FDP-Chef Christian Lindner die Seinen auf die Opposition einschwor, loteten Union und SPD die Möglichkeiten einer großen Koalition aus. Ein Ereignis, das ohne die Jamaika-Bockigkeit der FDP gar nicht erst zustande gekommen wäre. Insofern war klar, dass das Dreikönigstreffen unter besonderen Vorzeichen stattfand. Wer aber dort so etwas wie einen Hauch von Selbstkritik erwartete hatte angesichts der verpassten Möglichkeit, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen, sah sich getäuscht. Im Gegenteil, die Partei sonnte sich in ihrer nun auch bundespolitisch vollzogenen Wiederauferstehung, huldigte ihrem Parteichef und bemühte sich, aus der Rechtfertigungsschleife der letzten Wochen herauszukommen. Ganz so rosig wie Lindner und Co. die Zukunftsperspektiven der Liberalen malen, sind diese aber nicht.

Klar, man ist wieder zurück im Spiel, fragt sich aber ob das Comeback wirklich nachhaltig ist. So muss sich die FDP im Bundestag neben den krawalligen Neukollegen von der AfD behaupten, was gerade mit dem von Lindner im Wahlkampf eingeschlagenen Kurs zwischen CDU und den Rechtspopulisten riskant ist. Auch die One-Man-Show Lindner kann auf Dauer kontraproduktiv sein, wenn sich dessen Posterboy-Image irgendwann erschöpft hat. Und gänzlich unumstritten ist er jenseits aller demonstrativen Treueschwüre auch nicht mehr. Und was ist, wenn die Groko scheitert? Bei Neuwahlen droht die FDP schwer abgestraft zu werden. Die vielbeschworene neue Generation könnte womöglich bald ganz schön alt aussehen.

klaus.spaene@fnp.de

■ Bericht auf Seite 3

## LESERMEINUNG

## Schaulust beim Titelfoto

**Zum Titelfoto vom Sturz des Skispringers Freitag:** Es wundert mich sehr, dass in der FNP ein halbsseitiges (!) Titelfoto von dem schweren Sturz des Skispringers Richard Freitag abgebildet ist. Allerorten wird zu Recht die Zunahme von Schaulust und Gaffern beklagt. Mit diesem Foto haben Sie dies selbst überzeugend widerlegt. Solche Fotos in dieser Größe gehören in die Bild-Zeitung. Ihrem Anspruch von Journalismus kann das nicht gerecht werden.

Simone Rotter, Bad Vilbel

## Zu viel des Guten

**Zum Streit zwischen Eintracht-Präsident Fischer und der AfD:** Mittlerweile haben die Berichte zur „Eintracht“ ein unerträgliches und überzogenes Maß ihrer Berichterstattung eingenommen. Dabei

gibt es doch täglich genügend andere, wichtigere und aktuellere Themen zu besetzen, die ihre Leserschaft interessieren würden. Es drängt sich der Eindruck auf, als wolle man mit bestimmten Themen die Leser manipulieren.

Josef Staat, Limburg-Eschhofen

## Schweigen ist richtig

**Ebenfalls zu Eintracht und AfD:** Maulkorb hin oder her, es ist ein Segen dass die Multispieler nichts sagen. Ohne die Spieler zu unterschätzen – was soll denn ein Finne/Argentinier/Mexikaner zur deutschen Parteienlandschaft sagen? Der Eintracht-Präsident sollte seine Aufmerksamkeit lieber auf das unmögliche Verhalten ihrer Hooligans und Ultras legen. Diese schaden dem Verein mehr als ein paar eventuelle AfD-Wähler als Mitglieder.

Bernhard Segsneider, Frankfurt



Das große Reißen Karikatur: Janson

# „Neinsagen erfordert Courage“

Interview Mitarbeiter von Behörden müssen Berufsethos haben, sagt Verwaltungsexperte Wolfgang Seibel

**Von der Love-Parade-Katastrophe bis zur Flüchtlingskrise reicht die Liste der Fälle, in denen Behörden Versagen vorgeworfen wurde. Dieter Hintermeier sprach mit Politikwissenschaftler Wolfgang Seibel über tödliche Fehler und die Lehren daraus.**

*Herr Seibel, bei welchen Ihrer untersuchten Fällen, traten „Verwaltungsdesaster“ am deutlichsten zutage?*

WOLFGANG SEIBEL: Das war sicher bei der Planung und Organisation der Duisburger Love-Parade der Fall. Diese Großveranstaltung hätte nie genehmigt werden dürfen, aber höhere Verwaltungsbeamte haben sich mit Vorsatz über die Bedenken ihrer eigenen Fachbeamten hinweggesetzt.

*Auch während der Flüchtlingskrise war viel von Verwaltungsversagen die Rede. Beim Berlin-Attentäter Amri wurde das am deutlichsten. Was lief hier alles falsch?*

SEIBEL: Zunächst muss man feststellen, dass die Verwaltung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise seit 2015 Enormes geleistet hat. Das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit, wie der Blick in andere Länder zeigt, wo die Verwaltungen mit weitaus weniger Flüchtlingen weitaus weniger professionell und fürsorglich umgegangen sind.

*Aber bei Amri lief vieles aus dem Ruder ...*

SEIBEL: Das Behördenversagen, das zu dem Attentat geführt hat, ist ein krasser Ausnahmefall, aber eben als solcher auch vollkommen unentschuldigbar. Dass ein polizeibekannter Gefährder nicht rechtzeitig aus dem Verkehr gezogen werden konnte, hat vor allem etwas mit dem unzureichenden Datenaustausch unter den Behörden zu tun. Da haben wir ja in Deutschland eine schizophrene Bewusstseinslage. Einerseits wollen wir alle mehr innere Sicherheit. Andererseits stellen viele den reibungslosen Datenaustausch unter Behörden mit Hinweis auf den Datenschutz unter Generalverdacht. Der Schutz von Daten kann aber nicht wichtiger sein als der Schutz von Menschenleben.

*Viele Menschenleben kosteten auch NSU-Morde. Was lief da schief?*

SEIBEL: Der NSU-Fall war viel komplexer. Zunächst wurde nicht verhindert, dass die Täter trotz eines Haftbefehls in Thüringen abtauchten, dann kam die Mordserie hinzu. Dabei wurde von der Polizei nach den Regeln der kriminalistischen Kunst ermittelt, die zentrale Ermittlungsführung durch Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt unterblieb aber, weil man das Offensichtliche nicht wahrhaben wollte: Dass es sich bei einer bundesweiten Mordserie mit derselben Tatwaffe und derselben Opfergruppe um rechtsextremistischen Terrorismus handelte.

*Gibt es Parallelen bei den Fällen, die immer wieder auftreten?*

SEIBEL: Gemeinsamkeiten können in der Politisierung von sicherheitsrelevanten Entscheidung gesehen werden. Das wird auch am Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall deutlich, bei der zwölf Kinder und drei Mütter starben. Vorgutachten hatten vor der baufälligen Halle gewarnt und eine Spezialuntersuchung der Dachkonstruktion angeregt. Der Oberbürgermeister ignorierte dieses und sogar noch einen Sanierungsbeschluss des eigenen Stadtrates, weil er eine Freizeitanlage bauen und aus Kostengründen nicht mehr in die marode Halle investieren wollte. Das war ein Beispiel für die Politisierung einer Fachentscheidung, wo eigentlich der Schutz von Menschenleben an erster Stelle hätte stehen sollen.

*Können denn „Schuldige“ innerhalb der Verwaltung nach solchen Desastern zur Rechenschaft gezogen werden?*

SEIBEL: Das ist schwierig, weil nicht nur Einzelpersonen solche Entscheidungen treffen, sondern meistens eine Gruppe. Hier spielt Detailverantwortung eine Rolle. Skandalös ist es aber, wenn solche Fälle nicht aufgearbeitet werden. So gab es zur Loveparade keinen Untersuchungsausschuss im nordrhein-westfälischen Landtag. Auch die Landesregierung hätte jederzeit eine Untersuchung durchführen können. Wenn das nicht passiert, will man aus Fehlern nichts lernen, dann nimmt man die Wiederholung der Fehler und deren Folgen in Kauf.



Das Unglück bei der Loveparade 2010 gilt als ein Paradebeispiel für Behördenversagen. Foto: dpa

*Warum wurden Risikofaktoren in den von Ihnen untersuchten Fällen von den Behörden schlichtweg ignoriert?*

SEIBEL: In aller Regel arbeiten die deutschen Verwaltungen auf sehr hohem fachlichen Niveau. Deshalb spielt bei Fehlern selten Dilettantismus eine Rolle, sondern Fehler sind auf Kostendruck, politischer Einflussnahme oder Verantwortungsverzerrungen zurückzuführen.

*Bei der Love-Parade wurden alle Bedenken der Sicherheitskräfte ignoriert. Welche ethische Grundhaltung steckt hinter einem solchen Verhalten?*

SEIBEL: Es gehört ja schon etwas Courage dazu, nein zu sagen, wenn der Oberbürgermeister und vielleicht sogar die eigene Partei eine Veranstaltung wie die Love-Parade unbedingt durchsetzen will. Niemand möchte als kleinkariertes Bürokraten vorgeführt dastehen, der einen solchen Veranstaltung an bestimmten gesetzlichen Vorschriften scheitern lässt. Ethik beruht aber immer auf der Kunst des Unterscheidens. Man muss als Verwaltungsmensch wissen, wann man sich einen großzügigen Umgang mit Vorschriften leisten kann, und wann nicht. Und wenn es um die

physische Sicherheit von Menschen geht, muss die kompromisslose Anwendung der Sicherheitsbestimmungen immer Vorrang haben.

*Haben Gerichte diese Verwaltungsdesaster angemessen aufgearbeitet?*

SEIBEL: Die strafrechtliche Aufarbeitung erfolgt zweifellos korrekt. Die Gerichte stehen vor der schwierigen Aufgabe, eine lückenlose Kausalkette zwischen dem Tod von Menschen und einem schuldhaften Verhalten einer Person oder Gruppe zu ermitteln. Die strafrechtliche Aufarbeitung klärt aber nicht oder nur sehr unzureichend die politische und moralische Verantwortung. Genauso wichtig wie die strafrechtliche Schuld ist es aber auch festzustellen, wer für gravierende Verwaltungsdesaster mit tödlichem Ausgang die Verantwortung trägt. So steht im Falle der Love-Parade der besagte Duisburger Dezernent derzeit nicht vor Gericht, der die rechtswidrige Genehmigung der Veranstaltung durchgesetzt hat, weil er nicht der unmittelbare Fachvorgesetzte der Genehmigungsbehörde war. Dasselbe gilt für den damaligen Oberbürgermeister von Bad Reichenhall.

*Was muss sich in der Verwaltung ändern, damit es nicht mehr zu solchen Fehlentscheidungen kommt?*

SEIBEL: Es muss klare Strukturen, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten geben, damit am Ende nicht der „Schwarze Peter“ hin und her geschoben wird. Darüber hinaus sollte es keinen Kostendruck geben, wo dies zulasten der Sicherheit von Menschen geht.



Prof. Wolfgang Seibel

Wolfgang Seibel ist Politik-Verwaltungswissenschaftler an der Universität Konstanz. Buchhinweis: Wolfgang Seibel u.a. Verwaltungsdesaster: Von der Loveparade bis zu den NSU-Ermittlungen, Campus Verlag, 2017, 320 Seiten, 29,95 Euro

## WEIRICH AM MONTAG

## Vorsatz Verantwortung

Eine Woche ist das neue Jahr alt. Noch sind die meisten guten Vorsätze an Bord. Den Winterspeck entschlossen abzubauen, das Rauchen aufzugeben, den Alkoholkonsum einzudämmen, den Sparsäckel für die Altersvorsorge kontinuierlich aufzufüllen, alles erstrebenswerte und doch schwer durchzuhaltende Ziele. Gute Vorsätze seien „Checks, auf eine Bank ausgestellt, bei der man kein Konto hat“, resümierte schon der geniale Schriftsteller und Lebemann Oscar Wilde.

Um in guter Kondition seinen Vorsätzen treu zu bleiben, schwören manche auf die Umpro-

grammierung ihres Gehirns, das sogenannte „nudging“, zu Deutsch Stupsen. Weil Menschen irrational seien, brauchten sie für kluge Entscheidungen sanfte Richtungsanzeigen, meint der Verhaltensökonom und Nobelpreisträger Richard Thaler und gibt in einem Bestseller gemeinsam mit dem Rechtswissenschaftler Cass Sunstein Ratschläge, um Menschen zu einer ihren wirklichen Interessen dienenden Lebensführung zu bewegen.

So gab Thaler jetzt Tipps, wie man sich vom Schuldenspeicher in einen Supersparer verwandelt. Die Rezepte sind einfach, aber nicht leicht einzuhalten: Sparziele möglichst konkret machen, das



von Prof. Dieter Weirich

Portfolio möglichst wenig checken, um sich nicht zu entmutigen und mit eiserner Disziplin das Konto nicht anrühren.

Nudging war über Jahre hinweg in der Politik der Angelsachsen gefragt. Statt Gesetzen und Verordnungen setzte man auf raffinierte Anschläge auf das Unterbewusstsein der Menschen, um immer

neue Gesetze und Verordnungen zu meiden. Die Bürger brauchten nur einen Stups, um sich besser zu verhalten, Energie zu sparen, fürs Alter vorzusorgen oder sich gesünder zu ernähren. Arbeitsverträge gleich mit Altersvorsorgeangeboten zu verknüpfen, smarte Energietechnik zu favorisieren, Testlabors für effektive Bürgerservices wie in Dänemark einzurichten oder in Kantinen Obst statt Süßspeisen zu offerieren, das sind Beispiele aus der Nudging-Praxis.

Inzwischen haben sich die unter US-Präsident Obama und dem britischen Premier Cameron für diese Themen gut ausgestatteten Beraterstäbe wieder gelichtet. Auch von dem von Bundeskanzlerin

Merkel eingerichteten Team „Wirksames Regieren“ hört man nichts mehr. Der „liberale Paternalismus“ als eine besondere Form der psychologischen Regulierung hatte ohnehin zahlreiche politische Widersacher auf den Plan gerufen. Die einen warnten vor „Psychotraining“, die anderen fürchteten den „Nanny-Staat“.

Nudging ist in diesen Tagen ohnehin nicht angesagt. Deutschland braucht keinen Stups, sondern einen Schubs, um zur Einsicht zu gelangen, dass die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und die bedeutendste Stimme Europas endlich eine handlungsfähige Regierung bekommt. Ein Vorsatz aus Verantwortung.